

Auerthal-Zeitung.

Tageblatt für die Stadt Aue und Umgebung.

Ersteinst
täglich Nachmittags, außer an Sonn- u. Feiertagen. — Preis pro Monat frei ins Haus 20 Pfg., auswärts 25 Pfg. — Mit der Sonntagsbeilage: „Der Heilspiegel“ 5 Pfg. mehr. — Bei der Post abgeholt pro Vierteljahr 1 M. — Durch den Briefträger 1.40 Mart.

Billigste Tageszeitung im Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: **Kraus Junke, Aue (Erzgebirge.)**
Redaktion u. Expedition: **Aue, Marktstraße.**

Insertions
Alle einseitige Zeitungs- u. amtliche Inserate die Kopys-Preis 25 Pfg. Resten pro Seite 20 Pfg. Bei 4 maliger Aufnahme 25% Rabatt. — Bei größeren Inseraten u. mehrmaliger Aufnahme wird entsprechend höherer Rabatt gewährt. Alle Postgebühren und Bandverlängerungen nehmen Bestellungen an.

Nr. 109

Freitag, den 21. Juli 1899.

12. Jahrgang.

Auerthal-Zeitung

erscheint
jetzt täglich,

kostet
**pro Monat
nur 20 Pfennige.**

Aus aller Welt.

* Kaiser Wilhelm wird auch den Kopenhagener Hof besuchen. — In Schonen solle auch eine Zusammenkunft mit dem König von Schweden in Aussicht sein.

* Der Reichstagsabgeordnete für die Stadt Leipzig, Professor Dr. Haffke, hat dort kürzlich einen öffentlichen Vortrag über eine dem Deutschthum im eigenen Hause an einer Stelle drohende neue Gefahr gehalten, wo diese bislang der Allgemeinheit noch nicht bekannt war. Es handelt sich um das Ueberhandnehmen des polnischen Arbeiterelementes einerseits in der Provinz Sachsen, andererseits in Rheinland-Westfalen, welche neue Gefahr für unser Volkstum bisher noch lange nicht genügend bekannt gewesen oder gewürdigt worden ist. — Im Jahre 1895 gab es in der Provinz Sachsen 22 000, in Westfalen sogar 27 000, in Rheinland 6000, ferner in Berlin 14 000, in Pommern 11 000 polnische Bewohner, was eine Vermehrung des polnischen Bevölkerungselementes in den genannten Landesstellen während des Jahrzehnts 1885—1895 durchschnittlich um das Zwanzigfache bedeutet.

* Das geplante Zusammengehen der süddeutschen Eisenbahnverwaltungen in der Frage der Herabsetzung der Personentaxe hat alle Aussicht auf Bewirklichung. Neuerdings hat sich der Finanzminister in wirtschaftlichen wie sozialen Interesse dafür ausgesprochen. Er erblid in diesem Ziele einen weiteren Schritt zur Herbeiführung eines einheitlichen Personentaxens für ganz Deutschland. Ministerpräsident Freiherr v. Wittmann erklärte in dem Ausschuss, es sei eine wesentliche Ermäßigung des Schnellzugzuschlags sowie im Nahverkehr ein Zweifelhafes für das Kilometer in Aussicht genommen. Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts tritt in Sachen der Lohnbewegung der Bauarbeiter bereits in den aller nächsten Tagen zusammen. — Auch die Differenzen mit den Zimmerern und Buzern sollen, wie nunmehr feststeht, durch das Einigungsamt des Gewerbegerichtes beigelegt werden. Neue Lohnbewegungen im Baugewerbe wähen von den Bauhilfslern, Sementierern und Töpfern vorbereitet.

* In einer gemeinsamen Erklärung haben sich die Deane der medizinischen Fakultäten an den nichtpreussischen deutschen Universitäten gegen die Bestimmung der preussischen Kreisarztvorlage gewendet, nach welcher Bedingung für die Anstellung als Kreisarzt der an einer preussischen Universität erworbene medizinische Dokortitel sein soll, während die Anrechnung eines außerpreussischen medizinischen Dokortitels dem Ermessen des Ministers vorbehalten sein soll. — In Preußen wird immer gewaltig über den süddeutschen Partikularismus geschimpft. Hat die herangezogene Bestimmung keinen partikularistischen Charakter?

* Der von der hessischen Regierung gemahregelte Professor Dr. Schiller teilt mit, daß er den Staatsminister, Notze von den meisten seiner Artikel über die Schulzustände vorher in Kenntnis gesetzt habe, daß er ihm auch andere schwere Thatsachen unterbreitet habe, die er „im Interesse des Dienstes“, weil nämlich die Beteiligten noch im Amte sind, nicht veröffentlicht habe. Hierbei sei festgestellt worden, daß der Staatsminister von keiner einzigen dieser Thatsachen je Kenntnis erhalten hatte. Wet-

ter heißt es: „Der Herr Staatsminister hat mir nicht nur die Veröffentlichung der Artikel nicht widerraten oder untersagt, sondern er sagte, wenn ich die Wahrheit ausbreiten wolle, werde er mich unterstützen.“

* Der Bericht der Königin-Regentin Christine auf eine Million Pesetas aus ihrer Privatliste hat nur wenig befriedigt. Die Republikaner und Karlisten, auch ein großer Teil der Liberalen verlangten die dauernde gesetzliche Herabsetzung der Privatliste, da deren Festsetzung auf der Grundlage des alten spanischen Kolonialreiches erfolgte, das ja heute nicht mehr vorhanden sei. Die Liste beläuft sich auf über zwanzig Millionen Pesetas (zu 0,80 Mart.)

* Wenn sich eine Nachricht der „Neuen freien Presse“ aus Belgrad als begründet erweist, dann handelt es sich bei dem Attentat gegen Milan überhaupt nicht um einen politischen Akt, sondern um eine Handlung privater Rache.

* Die Lage der Amerikaner auf den Philippinen wird immer bedenklicher; sie erlitten neuerdings eine schwere Schlappe.

* Ein Stockholmer Blatt will wissen, König Oskar habe einen von beiden Kammern angenommenen „Arbeiterschutzes“, das schon den Versuch, jemand zur Teilnahme an einer Arbeitseinstellung zu zwingen oder an der Rückkehr zur Arbeit zu hindern, abzuwehren, die Genehmigung erteilt.

* Auf den Mönchsorden in Spanien lastet unbestritten ein großer Teil der Schuld an dem Niedergang des Landes auf allen Gebieten. In den weitesten Schichten der Bevölkerung, die ihnen sonst blindlings ergeben war, stoßen sie nunmehr vielfach auf Haß und Verachtung, so tief ist die Ueberzeugung von ihrem unheilvollen Einfluß bereits in das Volksbewußtsein gedrungen.

* Der Dreyfus-Prozess beginnt in der Zeit vom 31. Juli bis 3. August. Am Montag erhielt der Angeklagte amtlich diese Mitteilung.

* Ueber die Geschichte des Vorderaus, des gefälschten Papiers, das in dem Dreyfusprozeß eine so entscheidende Rolle spielt, hat Major Esterhazy dem Londoner Berichterstatter des Pariser „Matin“ neuerdings Mitteilungen gemacht. Die Glaubwürdigkeit der Angaben des berüchtigten Fälschers wird in manchen Punkten entschiedenem Zweifel begegnen, zumal was die auch diesmal wiederholte Behauptung von der Spionage Dreyfus' für Deutschland betrifft; ist doch von deutscher Seite mehrmals auf das Bändigste versichert worden, daß Dreyfus niemals in Beziehungen zu Deutschland gestanden hat.

* Paris, 19. Juli. Bestimmt tritt das Gerücht auf, der Regierungskommissar Major Carrière werde die Anklage gegen Dreyfus einstellen, da Esterhazy's Beständnis die Grundlage des Prozesses vernichte. Esterhazy's Anklagen gegen Boisdeffre rufen großen Eindruck hervor. Esterhazy bezeichnet Boisdeffre als seinen Mitschuldigen.

* Die Veresterung Englands für Friedensschiedsgerichte soll von der holländischen Regierung auf eine praktische Probe gestellt werden. Wie es heißt, verhandelt sie mit den Kabinetten von Berlin, Paris und Petersburg, um diese zu veranlassen, im Falle einer Kriegserklärung Englands an Transvaal auf England wegen der Annahme der Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Lösung der streitigen Frage einzuwirken. Eine Einigung zwischen den vier Staaten soll bereits dahin erzielt sein, die Anwendung der Dum-Dum-Geschosse seitens Englands gegen die Buren nicht zu dulden und sofort einen internationalen Kongreß einzuberufen, um die Verwendung ähnlicher Geschosse zu untersagen.

* Belgrad, 19. Juli. Der Redakteur des Blattes „Novidneon“ ist infolge der Untersuchung des Standgerichts in Haft genommen worden. Das Weitererscheinen des Blattes ist eingestellt.

* Belgrad, 19. Juli. Amtlich wird folgendes veröffentlicht: Die Blättermeldung, Bozo Petrovic sei verhaftet und sodann unter Entschuldigungen der

serbischen Regierung wieder freigelassen worden, ist falsch. Bozo Petrovic ist überhaupt nicht verhaftet worden.

* Pretoria, 18. Juli. Der Volksraad nahm heute Nachmittag einen Beschlusstrag an, nach welchem allen Uitslanders, die sich seit sieben Jahren in Transvaal aufhalten, das volle Wahlrecht zugebilligt wird.

* Kapstadt, 18. Juli. Cecil Rhodes ist aus England hierher zurückgekehrt.

* New-York, 18. Juli. Einer Meldung des „New-York Herald“ aus Washington zufolge sollen Aguinaldo und einige seiner ersten Führer dem General Otis direkte Friedensanerbietungen gemacht haben, sodas, falls die gemachten Versprechungen erfüllt würden, die Freiwilligen, die gegenwärtig angeworben werden, nicht gebraucht werden würden.

* London, 19. Juli. Drei Gardebataillone haben Marschbefehl nach Südafrika erhalten.

* Madrid, 19. Juli. Opposition und Regierung sind in der Finanzfrage zu keinem Einverständnis gelangt. Die Oppositionsparteien beharren darauf, daß das Ausgabebudget vor dem Einnahmebudget erörtert werde, weshalb für jetzt bloß die Schuldregelung als vorläufiges Regierungsmittel bewilligt werden könne. Die Regierung war damit nicht zufrieden. Der Finanzminister erklärte, er werde eher abhandeln als nachgeben.

* Madrid, 19. Juli. Im Senate interpellirte der Herzog von Albano bezüglich der auf den Philippinen gefangen genommenen Spanier und gab eine lebhaft Schilderung von deren beklagenswerter Lage.

* Die französische Regierung verließ dem gegenwärtig in Nordamerika angesiedelten deutschen Reichsbürger Max Freuer, der 1891 als Schiffsarzt der „Ruffia“ vom Norddeutschen Meer auf hoher See mit Lebensgefahr an Bord der „Wildflamer“ ging, um dem französischen Matrosen Clement einen brandig gewordenen Vorderarm zu amputieren das Kreuz der Ehrenlegion.

* Die Arbeiten der Friedenskonferenz nähern sich ihrem Abschlusse. Leider sind die Schwierigkeiten, welche sich der Regelung der Schiedsgerichtsfrage entgegenstellen, eher in der Zunahme, denn in der Abnahme begriffen. — Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“, darf das Ende der Konferenz mit ziemlicher Sicherheit gegen den 25. v. M. erwartet werden.

Vermisches.

§ Berlin, 19. Juli. Bei einer nächtlichen Pionierübung auf dem Müggelsee sind leider drei Spandauer Möntere verunglückt. Ein betrunkener Rutscher fuhr in die Marschkolonne hinein, wobei ein Mann schwer am Kopfe, zwei andere im Gesicht und an den Armen verletzt wurden.

§ Bei einem Brande in Mülheim a. d. R., der in der Dienstag-Nacht in einem Geschäftshause in der Mitte der Stadt ausbrach, sind drei Personen umgekommen.

§ Von den infolge Sturzes im Flöz Sonnenschein bei Herne vermissten vier Bergleuten wurden noch zwei tot aufgefunden.

§ Ein schwerer Bootsunfall wird aus Kiel gemeldet. Unweit der Kanalöffnung kenterte ein Segelboot mit sieben Insassen; vier wurden gerettet, drei ertranken. Mehrere von den Verunglückten waren stark angetrunken.

§ München, 19. Juli. In der Delegiertenversammlung des Deutschen Radfahrerbundes wurde einstimmig Magdeburg als Festort für den nächstjährigen Bundestag gewählt.

§ Torgau, 19. Juli. Der vom Schwurgericht zum Tode verurteilte Landwirth Georg Gumlich ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden. § Wittingen, 19. Juli. An einem Neubau stürzte das Gerüst aus dem dritten Stockwerke herab. Ein Maurer wurde getödtet, drei schwer und einer leicht verletzt.

§ Kopenhagen, 19. Juli. Abends 11 Uhr brach Großfeuer in der elektrischen Werkstatt des Centralbahnhofs aus. Das Gebäude ist mit zahlreichen